



Anmeldung zur Teilnahme an einer Berufsorientierungsmaßnahme nach § 48 SGB III (BOM) und Erklärung zur Erhebung von persönlichen Daten

Maßnahme: _____

Maßnahmeträger: _____

Zuständige Agentur für Arbeit: _____

Anmeldung / persönliche Daten

Table with 2 columns: Personal data (Name, Vorname; Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort; Schulart und Schule) and Gender (Geschlecht: männlich, weiblich).

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, an der oben genannten, von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderten Berufsorientierungsmaßnahme, teilzunehmen.

Mir ist bekannt, dass ich damit Leistungen der BA in Anspruch nehme und dass im Rahmen der Maßnahmeabwicklung meine oben genannten personenbezogenen Daten beim Träger zu Abrechnungszwecken aufbewahrt werden.

Weiterhin wurde ich darüber informiert, dass der Maßnahmeträger meine Sozialdaten nur für Prüfungszwecke der BA bekannt macht und dabei die Bestimmungen zum Schutz der Sozialdaten beachtet.

Ich habe eine Kopie dieser Anmeldung erhalten.

Ort, Datum: _____

Unterschrift des Teilnehmenden

bei Minderjährigen, Unterschrift der Eltern / gesetzlichen Vertreter



Erklärung zum Merkblatt Datenschutz des Landes Berlin (Inhalt auf den folgenden Seiten)

Sie möchten in einem Projekt teilnehmen, das mit Mitteln des Landes Berlin durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales finanziert wird (Rechtsgrundlage: § 44 Landeshaushaltsordnung, AN-Best-P, § 6 Abs. 1 Bst. a) Datenschutzgrundverordnung).

Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und jederzeitigem Widerspruch zu, die Sie bei der verarbeitenden Stelle geltend machen können (Art. 13, 15 – 18, 21 DSGVO).

Meine Einverständniserklärung bezieht sich ausschließlich auf die Daten zur Durchführung des Projektes. Mir ist bewusst, dass unvollständige Angaben zur Folge haben, dass meine Projektteilnahme nicht möglich ist.



Datum

Unterschrift des Teilnehmers / der Teilnehmerin

bei Minderjährigen Unterschrift der Eltern / gesetzlichen Vertreter

Merkblatt Datenschutz

Hinweise für Teilnehmende

Mit diesem Merkblatt soll über Art, Umfang und Zweck der verarbeiteten personenbezogenen Daten informiert werden. Darüber hinaus werden Sie über die ihnen zustehenden Rechte aufgeklärt. Außerdem geben Sie Ihr Einverständnis zur Verarbeitung Ihrer Daten, und zwar ausschließlich für die nachfolgend genannten Zwecke.

Sie möchten in einem Projekt teilnehmen, das mit Mitteln des Landes Berlin durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales finanziert wird (Rechtsgrundlage: § 44 Landeshaushaltsordnung, AN-Best-P, § 6 Abs. 1 Bst. a) Datenschutzgrundverordnung).

Zur Gewährung der Mittel ist es notwendig, dass bestimmte Informationen (personenbezogene Daten) von Ihnen erhoben werden (Art. 13 1 c) DSGVO). Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen (Art. 4 Ziff.1 DSGVO), z. B. Name und Vorname, Adresse, Geschlecht, Nationalität, Geburtsdatum, Vorliegen von Behinderung, Information über den Stand der Qualifikation und Status vor Maßnahmenantritt, Leistungsbezug, Art des erreichten Abschlusses.

Ihre Daten werden zur Durchführung, Abrechnung und Prüfung des Projekts bzw. der geförderten Maßnahme sowie zur Berichterstattung durch den Projektträger erhoben. Die erhobenen Daten werden bei der Speicherung getrennt von Ihrem Namen und Ihrer Adresse aufbewahrt (mit einer Kennzeichnung, damit unter bestimmten Voraussetzungen die Informationen wieder Ihrem Namen zugeordnet werden können, vor allem zum Nachweis bei Prüfungen über die ordnungsgemäße Projektdurchführung). Die erhobenen Daten werden auch, in diesem Fall anonymisiert, für statistische Zwecke in einer Datenbank (EurekaPlus 2.0) gespeichert.

Auch für die Evaluierung des geförderten Projekts werden die Informationen über die Teilnehmenden benötigt – wie Verbleibsdaten und Angaben, die die Teilnahme an der Maßnahme betreffen.

Für Prüfungs- und Revisionszwecke (auch zur Identitätsprüfung) sind die Daten im Einzelfall einsehbar für die zgs consult GmbH als Bewilligungsstelle und die fachverantwortliche Senatsverwaltung sowie Prüfstellen, wie dem Rechnungshof von Berlin. Daten für die wissenschaftliche Begleitung (Evaluation) werden grundsätzlich nur anonymisiert verarbeitet.

Der Projektträger ist – mit der Bewilligung der Fördermittel für das Projekt – mit der Verarbeitung der notwendigen Daten beauftragt worden und zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.

Es wird sichergestellt, dass nur ein namentlich benannter und berechtigter Kreis von Mitarbeiter*innen beim Projektträger einen Zugriff auf personenbezogene Informationen erhalten. Eine Löschung Ihrer Daten kann nach Ablauf der jeweils zu einem Förderinstrument geltenden Aufbewahrungsfrist erfolgen (nach zuwendungsrechtlicher Maßgabe regelmäßig fünf Jahre gem. ANBest-P zu 6.5, Nr. 7.1 S. 1, Art. 13 Abs. 2 a) DSGVO). Ihre Daten werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist gelöscht (Art. 19 DSGVO).

Rechte der/des Einwilligenden

Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und jederzeitigem Widerspruch zu, die Sie bei der verarbeitenden Stelle geltend machen können (Art. 13, 15 – 18, 21 DSGVO).

Wenn Sie glauben, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, können Sie sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Berlin ist dies die Berliner Datenschutzbeauftragte. Hinweise zur Kontaktaufnahme sind der [Internetseite der Berliner Datenschutzbeauftragten](#) zu entnehmen.

Weitere Informationen sind über die Servicestelle Bürgereingaben der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erhältlich (Telefon: 030 13889-0 - E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de).

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Wahrnehmung der Ihnen zustehenden Widerrufs- oder Widerspruchsrechte hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer Daten eine Teilnahme an der geförderten Maßnahme nicht möglich ist, weil dann die vorgeschriebenen Nachweispflichten gegenüber dem Fördermittelgeber nicht mehr erfüllt werden können.

Ein Widerruf bzw. Widerspruch ist insofern nachträglich nicht möglich, weil eine ordnungsgemäße Abrechnung der geförderten Maßnahme, an der Sie teilgenommen haben, von der Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten abhängt.

Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten gemäß Artikel 4 Absatz 7 EU-DSGVO ist:

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Referat IIC, SGB-II-Koordination, Arbeitsförderung
Referat II D, Berufliche Qualifizierung und Berufsbildungspolitik

Oranienstraße 106
10969 Berlin

Telefon: 030 / 9028-0

Fax: 030 / 9028-2090

E-Mail: post@senias.berlin.de

Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen ist:

Herr Schwarz

Oranienstraße 106

10969 Berlin

E-Mail: datenschutz@senias.berlin.de